

<http://www.venezuela-avanza.de/article032.html>

## **VENEZOLANISCHE IMPRESSIONEN**

*Von Otto Pfeiffer (23. März 2004)*

Zwei konträren Linien der Politik prägen gegenwärtig die venezolanische Realität: Die Regierungsseite ist bestrebt, die innenpolitischen Auseinandersetzungen in friedlichen, verfassungsgemäßen, demokratischen Bahnen auszutragen. Das heißt z.B., den im November 2003 begonnenen Prozeß der gegen Abgeordnete der Nationalversammlung und gegen den Präsidenten unter Einhaltung der geltenden Gesetze und Ordnungen zu Ende zu führen, so daß - wie vom Präsidenten selbst wiederholt betont - auch ein Referendum gegen das Staatsoberhaupt durchgeführt würde, falls es der Opposition gelungen ist, die erforderliche Zahl von ca. 2,4 Mio. gültiger Unterschriften beizubringen.

Die Opposition verfolgt dagegen eine Strategie, die ihrem Wesen nach als "dritter Putsch" (nach dem gescheiterten Staatsstreich vom 11. April 2002 und der Sabotage der Erdölindustrie Ende 2002/Anfang 2003) bezeichnet werden kann. Ihre militantesten Vertreter behaupten, die Regierung Chávez sei nicht legitim und daher jedes Kampfmittel gegen sie gerechtfertigt. Ab Ende Februar 2004 versuchte sie, durch provokative Aktionen gegen die Staatsmacht und die öffentliche Ordnung einen Zustand der "Unregierbarkeit" des Landes zu demonstrieren und Gegenmaßnahmen der Regierung zur Wiederherstellung von Ordnung und Gesetzlichkeit als "Menschenrechtsverletzung" zu denunzieren. Damit sollen Vorwände für eine internationale Intervention auf der Grundlage der "Internationalen Demokratischen Charta" der OAS vom 11. September 2001 geschaffen und in einem Szenarium à la Haiti verwirklicht werden. "Erst Aristide, dann Chávez", lautete die Losung.

### **Provozierte Eskalation der Spannung**

Ausgangspunkt für die neue Putschvariante war eine am 27. Februar durchgeführte Demonstration mit dem vorgeblichen Ziel, der in Caracas tagenden Konferenz der G-15-Staaten für Süd-Süd-Zusammenarbeit eine Petition zu übergeben. Der Christdemokrat Enrique Mendoza, Gouverneur des Bundesstaates Miranda und einer der prominentesten und schärfsten Chávez-Gegner - er wird als Kandidat der Opposition bei den nächsten Präsidentenwahlen gehandelt - verkündete, man werde zum Tagungsort vordringen "koste es was es wolle". Die Rechnung war einfach: Man hoffte, sowohl dieses Ereignis, das allen Befürwortern eines neoliberalen Globalisierungskurses ein Dorn im Auge war, als auch die außenpolitische Position der Regierung Chávez zu diskreditieren und beides mit innenpolitischer Destabilisierung zu verbinden. Der provokative Angriff auf die Kräfte, die zur Sicherheit der Konferenzteilnehmer (darunter sechs Staatsoberhäupter) aufgeboten waren, kostete zwei Todesopfer und mehrere Verletzte. Einige der angeblich friedlichen Demonstranten hatten von Beginn an Steine, Brandflaschen und Waffen mitgeführt. Daß dieser Zusammenstoß völlig überflüssig war, beweist allein die Tatsache, daß Enrique Mendoza am Rande der Tagung ohne Probleme - aber offensichtlich auch ohne den von ihm erhofften Erfolg - mit dem argentinischen Präsidenten Néstor Kirchner sprechen konnte.

Die erwähnte Demonstration verlief nach einem Muster, nach welchem, wenn auch in kleinerem Maßstab, in den folgenden Tagen weitere Aktionen ablaufen sollten: Märsche bis zum Zusammenstoß mit den Ordnungskräften - Rückzug des friedlichen Teils der Demonstranten,

während die Organisatoren in Nobelhotels eilten, um dort Pressekonferenzen abzuhalten - stundenlange Angriffe überwiegend jugendlicher Gangs aus den "besseren" Vierteln gegen die Nationalgarde und Errichtung von Straßensperren aus brennenden Autoreifen und Müll. Wiederholt eröffneten Heckenschützen das Feuer gegen Polizeikräfte. Ein Geschosß durchschlug den Stahlhelm eines Angehörigen der Nationalgarde. Ein CNN-Reporter, der sich hinter (!) den Linien der Nationalgarde aufhielt, wurde angeschossen. Seine Redaktion verbot ihm, sich dazu öffentlich zu äußern. Andererseits war das Geschrei groß, wenn die Sicherheitskräfte - erforderlichenfalls auch mit Waffeneinsatz - gegen die Heckenschützen vorgingen.

Die örtliche Polizei in den von der Opposition regierten östlichen Stadtteilen von Caracas leistete den Provokateuren Schützenhilfe. Wegen illegalem Waffengebrauch wurden zwei Stadtteilpolizisten aus Baruta, die sich am 27. Februar in die Demonstration eingeschlichen hatten, verhaftet. Oppositionelle Politiker legten selbst mit Hand an, so der Stadtbezirksbürgermeister von Chacao, der beim Steinwerfen fotografiert wurde. Den Oppositionspolitiker Carlos Melo faßte man beim Waffentransport in seinem Pkw. Das hinderte seine Parteigänger nicht daran, in den folgenden Tagen in der Presse Solidaritätsbekundungen als Anzeigen zu schalten mit seinem Porträt und dem Text: "Wir alle sind Carlos Melo".

Die Störaktionen erwiesen sich allerdings bis zu einem gewissen Grade für die Akteure selbst als kontraproduktiv. Sie konnten nur in den "besseren" Stadtvierteln angezettelt werden, in denen die Opposition über eine relativ stabile Basis verfügt. Aber eben diese Basis hatte darunter zu leiden, daß weder Ambulanzen, noch Schulbusse, noch Benzin-Tankwagen passieren konnten und daß Qualm das Atmen unmöglich machte. Die Läden im Geschäftsviertel Las Mercedes verzeichneten Umsatzeinbußen von bis zu 50 %. Während man gemeinhin die Anhänger der Opposition auf etwa 25 % der Bevölkerung schätzt, ergab die Umfrage eines amerikanischen Meinungsforschungsinstituts zu dieser Zeit, daß 89 % der Befragten die Krawall- und Sabotageaktionen ablehnten.

Zum Repertoire der Gouverneure, die Oppositionsparteien angehören, gehörte sogar die Drohung, ihre Bundesstaaten zu "unabhängigen Republiken" zu erklären und die Autorität der Zentralregierung zu ignorieren. Präsident Chávez prophezeite diesen "Republiken" eine kürzere Dauer als die "Regierungszeit" der Putschregierung Carmona im April 2002.

### **Fragwürdige Unterschriften**

Vorrangiger Gegenstand der Auseinandersetzungen in der Folgezeit war das Ergebnis der Unterschriftensammlung zwecks Herbeiführung eines Referendums zur Abberufung des Präsidenten. Am 2. März gab der Nationale Wahlrat (CNE) das Ergebnis bekannt. Aber nicht der Beschluß des CNE führte zur innenpolitischen Zuspitzung, wie es in der internationalen Presse allgemein dargestellt und auch in der Bundestagsdebatte über Venezuela am 12. März kolportiert wurde, sondern diese war schon mit der oppositionellen Demonstration vom 27. Februar vom Zaune gebrochen worden.

### **Das Urteil des CNE besagte:**

388.108 Unterschriftenlisten wurden eingereicht (auf jeder Liste ist Raum für maximal 10 Unterschriften; Streichungen wegen Irrtümern und Schreibfehlern führen oft dazu, daß sich in Wirklichkeit weniger Unterschriften auf einer Listen befinden),

7.297 Listen waren unbenutzt bzw. unbrauchbar geworden,

39.060 Listen wurden wegen Nichteinhaltung der Vorschriften für ungültig erklärt (Radierungen bei Unterschrift oder Daumenabdruck oder Fehlen eines dieser Merkmale, Mehrfachunterschrift, unkorrekte Daumenabdrucke.),

3.086.013 Unterschriften befanden sich auf gültigen Listen,

1.832.493 von diesen Unterschriften waren gültig

143.930 waren ungültig (nicht im Wahlregister enthaltene Personen, Minderjährige, Ausländer, Verstorbene, Unterzeichner, denen das Wahlrecht aberkannt wurde, Nichtübereinstimmung der Daten mit dem Wahlregister)

233.573 wurden durch einstimmigen Beschluß des Obersten Technischen Komitees wegen Nichteinhaltung der Vorschriften in anderen Punkten abgelehnt (Fehlen des Namens der ab-zuberufenden Person, Veränderungen an den Sicherheitskennzeichen der Listen, Beschädigungen, die die Eintragungen unlesbar machen)

876.017 Unterschriften wurden zur nochmaligen Überprüfung und Bestätigung durch die Unterzeichner zurückgestellt, weil die Einheitlichkeit der Schriftzüge auf den Listen beweist, daß die Eintragung der Daten nicht wie vorgeschrieben durch den Unterzeichner selbst erfolgte.

Um letztere Unterschriftenkategorie entspann sich der Streit. Die Regierungsseite verwies darauf, daß die eigenhändige Eintragung der persönlichen Daten in die Listen klar vorge-schrieben war (Ausnahmen: Analphabeten, Schreibunfähigkeit durch Behinderung) und daß diese Unterschriften folglich ungültig sind. Vom CNE war von vornherein klar gesagt worden: "Es ist wichtig, daß jeder alle seine Daten selbst in die Liste einträgt, und nicht die mit der Unterschriftensammlung beauftragten Personen die Daten eintragen und die betreffende Per-son nur Unterschrift und Fingerabdruck hinzufügt, sondern jeder muß die Liste eigenhändig ausfüllen; denn die Feststellung, daß ein und dieselbe Person mehrere Datensätze einträgt, ist Grund genug, um die Unterschrift, ja sogar die Liste ungültig zu machen."

Die Regierungsseite betrachtet den Beschluß des CNE, diese Listen nochmals durch die Un-terzeichner prüfen zu lassen, als akzeptablen Kompromiß. Unterzeichner sollen die Gelegen-heit erhalten, in einer nochmaligen mehrtägigen Kampagne ihre Unterschrift zu bestätigen. Nicht bestätigte Eintragungen würden gestrichen.

Die Opposition lehnte zunächst jegliche Prüfung prinzipiell ab. Dahinter dürfte sich die Be-fürchtung verbergen, daß durch eine genaue Untersuchung Fälschungen offenkundig würden. Aus eigener Anschauung als Beobachter im November/Dezember 2003 habe ich festgestellt, daß an den offiziellen Sammelstellen niemals Eintragungen durch dortiges Hilfspersonal ge-macht wurden. Eine solche Praxis konnte auch in keiner Sendung des oppositionellen Fernse-hens gezeigt werden. Auch die TV-Werbesendungen der Opposition während der Aktion wies-en auf die Notwendigkeit der eigenhändigen Eintragung hin. Die Einträge mit einheitlicher Handschrift können folglich nur außerhalb der Sammelstellen gefertigt worden sein - an Or-ten, wo niemals eine Kamera zugegen war.

Andererseits hat die im Dienste der Opposition stehende Firma Súmate zwei Tage lang unter dem Vorwand, die ordentliche Eintragung im zentralen Wahlregister zu kontrollieren, alle Unterzeichner an den Sammelstellen selbst mit ihren Laptops erfaßt. Sie verfügte damit über eine Datenbank mit den Wählern, die gegen den Präsidenten unterschrieben hatten und konnte im Umkehrschluß durch Einloggen ins Wahlregister die Personalien von Nichtunterzeichnern ermitteln, um sie in betrügerischer Weise in Listen einzutragen und mit gefälschten Unterschriften zu versehen. Nur so ist zu erklären, daß u.a. über 100 Militärs auf den Listen erscheinen, obwohl eine zentrale Festlegung Angehörige der Streitkräfte von der Unterschriftenaktion ausschloß. Auf manchen Listen wurden Personalausweisnummern der einen Person mit Namen einer anderen Person kombiniert. Mitunter haben auch Unterschriften eine ganz offensichtliche Ähnlichkeit der Schriftzüge. Andernorts erscheinen auf den Listen Personen mit fortlaufenden Ausweisnummern.

### **Viele der "Unterzeichner" dürften sich bei genauer Prüfung als Phantome erweisen.**

Interessanterweise haben die offiziellen Beobachtergruppen - OAS und Carter-Center - die Notwendigkeit der Überprüfung dieser Unterschriftenkategorie prinzipiell anerkannt und nur ein anderes Prüfverfahren (Stichprobenprüfung und Hochrechnung) vorgeschlagen. Sie befanden sich damit im Wesen näher an der Position des CNE als an der der Opposition.

In Anbetracht dessen forderte die Opposition später, wenn schon eine Prüfung erfolge, dann nur so, daß alle diejenigen sich melden, die die Streichung ihrer Unterschriften wünschen. Das würde eindeutig auf eine Legalisierung der größten Fälschungen hinauslaufen, da sich ja Phantome nicht melden können.

Um die Überprüfung dieser fragwürdigen Listen unter allen Umständen zu umgehen, wandte sich die Opposition an die ihrem Anliegen geneigte Kammer für Wahlangelegenheiten des Obersten Gerichts. Ohne auch nur eine dieser Listen in Augenschein zu nehmen, erklärte man sie dort für gültig. Die Wahlkammer mißachtete damit eine Entscheidung der Kammer für Verfassungsangelegenheiten desselben Gerichts, die die Nichtzuständigkeit der Wahlkammer in dieser Sache festgestellt und ihr jede Entscheidung untersagt hatte, da es sich hier um eine Frage der Auslegung der Verfassung handele. Die Regierungsseite ihrerseits ging in Berufung.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß es um die 143.930 ungültigen Unterschriften, die ausgesondert wurden, weil es sich u.a. um Minderjährige, Ausländer und Verstorbene handelte, keine Diskussion gab. Die große Anzahl dieser Fälle wirft ein bezeichnendes Licht auf die Arbeitsweise der von der Opposition gestellten Ordner. Beim Verband der "Opfer des Betruges" lagen Anfang März schon 15.000 Anzeigen vor. Auf einer Unterschriftenliste steht z.B. die vor 10 Jahren verstorbene Mutter der Vorsitzenden dieses Vereins.

### **Internationales Echo**

Das sichtbare Bestreben der Opposition, ihre Ziele mittels Einmischung äußerer Kräfte zu verwirklichen, hat die Regierung und den Präsidenten selbst veranlaßt, ihre Aufmerksamkeit auf diese Gefahr zu konzentrieren.

In mehreren Reden wurde in Erinnerung gebracht, wie die USA in den Putsch vom April 2002 verwickelt waren (Konspiration mit regierungsfeindlichen Militärs, Eindringen von

USA-Kriegsschiffen in die venezolanischen Hoheitsgewässer und Landung von Hubschraubern auf dem Flughafen Caracas-Maiquetía, Unterstützung regierungsfeindlicher Organisationen). Die Kundgebung am 29. Februar stand völlig unter dem Motto der Verteidigung der nationalen Souveränität des Landes. Über eine halbe Million Menschen marschierten über die noch frischen Brandspuren hinweg, die die Störaktionen der Opposition vom Vortag auf dem Asphalt hinterlassen hatten. In aller Deutlichkeit wurde die Konsequenz einer möglichen USA-Intervention aufgezeigt: Venezuela würde sie nicht tatenlos hinnehmen und für die USA bedeutete sie den Ausfall von täglich 1,5 Mio. Barrel (rd. ¼ Mio. t) venezolanischem Erdöl.

Gleichzeitig tritt die venezolanische Regierung aktiver auf, um ihren Standpunkt international zu vertreten. Der Präsident sprach am 5. März vor dem Diplomatischen Korps in Caracas und legte umfangreiches Beweismaterial für die Unterschriftenfälschungen vor. Am 18. März legte er vor den Botschaftern der EU-Mitglieds- und Beitrittsländer die Position zu den verfälschenden Erklärungen des EU-Ministerrats und des Europaparlaments dar.

Eine Delegation von Parlamentariern und anderen Vertretern der Öffentlichkeit besuchte Spanien, Portugal und den EU-Sitz in Brüssel.

Vizeaußenminister Arévalo Méndez trat vor dem Menschenrechtsausschuß der UNO in Genf auf. Er erinnerte daran, daß es in Venezuela nicht einmal während des Putsches von 2002 Pressezensur, Verhaftungen oder Pressionen gegen Journalisten oder Herausgeber gab. Die Medien überschritten oft die Grenzen, aber die Regierung sei tolerant und sorgsam bemüht, jede Handlung zu vermeiden, die als Druck auf die Massenmedien interpretiert werden könne.

Zugleich kritisierte er jene Gruppen der Opposition, die mit Blutvergießen, Brandstiftung und Propaganda die sozialen Entwicklungspläne der Regierung beeinträchtigen wollen und er erinnerte daran, daß die USA eingestandenermaßen Gruppen finanzieren, die Gewaltanwendung und Destabilisierung betreiben und dabei Todesopfer, Verwundete, Zerstörung von Gemeingut und Umweltschäden einkalkulieren.